

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark  
Einzelaummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### Die Preise steigen

Als der Reichsernährungsminister Graf Kanitz im Anfang Juli seinen Plan, die Erzeugerpreise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft zu steigern, verwirklichte, wählte er zwei Mittel: die Veröffentlichung der Zollvorlage, die u. a. Einführung der Zölle auf die Einfuhr von Getreide und Fleisch von 1902 vorsieht, und die Freigabe der Getreideausfuhr aus Deutschland. Beide Mittel waren in ihrer Natur verschieden, wirkten aber nach einer Richtung: während die Zollvorlage eine Stimmung in Großhändlerkreisen schuf, die an und für sich Preissteigerungen für Getreide und Vieh begünstigte, verknappte die freie Getreideausfuhr Vorräte und Angebot, so daß es erst die sprunghaften Preissteigerungen möglich wurden. Zuerst war es der gute deutsche Weizen aus der Ernte 1922/23, der zu billigen Preisen nach der Tschechoslowakei und den nordischen Ländern ging. Ihm folgten die Sommergerste und der Roggen aus der diesjährigen Ernte. Beide sind im Auslande, die Werte ihrer Eignung zu Brauzwecken und der Roggen 1924 seiner guten Beschaffenheit wegen, sehr gesucht. Auf Grund genauer Beobachtung des Berliner Getreidemarktes, wo sich diese Getreideverkäufe nach dem Auslande abspielen, kann festgestellt werden, daß ganz bedeutende Mengen an deutschem Getreide den deutschen Vorräten entzogen worden sind, und zwar zu einer Zeit, wo alle anderen Getreideländer infolge der unsicheren Preislage auf dem Weltmarkt mit ihren Vorräten zurückhielten. Der Zweck, die deutschen Getreidepreise in die Höhe zu treiben, wurde dann auch voll und ganz erreicht. Es kosteten in Berlin:

	Weizen	Roggen	Sommergerste	Wintergerste
25. Juni	184—198	114—124	198—145	127—135
28. Juli	187—192	140—146	164—173	187—164
19. August	204—210	148—167	205—216	182—187
8. September	212—222	180—185	210—240	190—200
12.	223—234	195—200	212—240	195—205

Die Preise verstehen sich für 1000 kg in Goldmark. Da zum Beispiel der Friedenspreis für Weizen um 197 M und der für Roggen um 171 M lag, ist der Friedenspreis für Getreide weit überholt, und auch der im allgemeinen durch Maschinenhaftes hochgetriebene Weltmarktgetreidepreis wurde überschritten, da u. a. südrussischer und amerikanischer Roggen, sogenannter Westerntroggen, in Berlin trotz Frucht und anderen Umständen billiger angeboten wird als deutscher Roggen.

Die so ausgelöste Preissteigerung übertrug sich auf sämtliche Erzeugnisse der Landwirtschaft. Im Juni lag der Preis für deutsches Schweinefleisch mit 47,86 M für 50 kg noch unter Friedenspreis, der 53,50 M betrug. Im August hatte er sich bereits auf 56,94 M heraufgeschraubt, und in der ersten Hälfte des Monats September wurden in Berlin für daselbe Fleisch 80 bis 85, in Breslau 75 bis 78, in Hannover 73 bis 74, in München und Nürnberg, für Schweinefleisch überhaupt (50 kg), 100 bis 102 bezw. 73 bis 115 M gezahlt werden. Ähnliche Steigerungen erfuhr das Schmalz. Im Juni lag der Preis für 50 kg mit 31,86 M weit unter Friedenspreis, der auf 42,75 M stand. Im September steigerte er sich, dieselbe Beschaffenheit der Schlachttiere angenommen, auf 40 bis 42 M in Hannover und bis 54 bezw. 53 M in München und Nürnberg.

Bei unseren Feststellungen handelt es sich immer um den Erzeugerpreis bezw. den sogenannten Stallpreis. Seine Erhöhung wirkte sich besonders auf die Güteversteigerungen aus, wo die Preise um 30 v. H. gesteigert und über den Weltmarktpreis getrieben wurden, was für uns sehr teure Schuhe in diesem Winter bedeutet. Ein treffendes Beispiel für die unerhörte Preisbewegung soll noch in der Steigerung des Butterpreises angeführt werden. Er betrug im Frieden für 1/2 kg 1,28 M, im Juni 1924 nur 1,30 M und steigerte sich im August auf 1,64 M (Erzeugerpreis in Berlin).

Zusammenfassend kann gesagt werden: Die Maßnahmen des Reichsernährungsministers haben ohne Rücksicht auf unsere Wirtschaft, die Verbraucher und die deutsche Ernährungslage die Erzeugerpreise über jedes Maß hinaus gesteigert und dem landwirtschaftlichen Großbetrieb unerhörte geldliche Vorteile zugeschanzt. Wenn nur je einseitige Interessenpolitik getrieben würde, dann hat es der Graf Kanitz in den letzten drei Monaten getan.

Die Gewerkschaften sahen, als Herr Kanitz seine Maßnahmen ankündigte, das Unheil kommen und legten in einer Besprechung mit ihm alle jene Folgen dar, die sich, wie wir oben geschildert haben, auch einstellen. Damals begründete der Minister seine Maßnahmen mit der Notwendigkeit, der Landwirtschaft angemessene Preise zu verschaffen, um den landwirtschaftlichen Betrieb nicht zu ruinieren; andererseits versprach er, Sorge tragen zu wollen, die Kleinhandelspreise in angemessenen Grenzen zu halten, damit die zu steigenden Erzeugerpreise nicht in Form überhöhter Kleinhandelspreise auf die Verbraucher abgewälzt werden könnten. Graf Kanitz prägte damals das Wort von der „Preisregulierung“, was nur so verstanden werden konnte, daß er sich für eine Ermäßigung der Kleinhandelspreise einsetzen wollte. Das war durchaus möglich, da die Unterschiede zwischen Erzeugerpreis und Kleinhandelspreis, die sogenannten Preispausen, viel größer waren als im Frieden. Wir versuchten, diese Überhöhung der Kleinhandelspreise durch eine Feststellung zu veranschaulichen, die sich auf Erzeuger- und Kleinhandelspreise stützt, die in Berlin galten, als Herr Kanitz den Gewerkschaften den Preisdruck versprach. Zu diesem Zweck bringen wir die angezogenen Waren auf eine Gewichtseinheit und bezeichnen (in Goldpfennigen) den Erzeugerpreis mit E, und den Kleinhandelspreis mit K. Es ergibt sich dann folgendes Bild:

	Durchschnitt 1913		Durchschnittspreis Juni 1924	
	E	K	E	K
Roggen bezw. Weizen 1/2 kg	8,22	16	6,35	15,7
Kartoffeln . . . . . 1/2 =	2	3,5	2,18	4,8
Butter . . . . . 1/2 =	128	140	180	179
Rindfleisch . . . . . 1/2 =	42,75	93	31,88	99
Schweinefleisch . . . . . 1/2 =	53,5	76	47,86	91

Wir sehen, wie sich gegenüber dem Frieden der Unterschied zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis durchweg vergrößert hat, und zwar in der Art, daß die Erzeugerpreise noch im Juni unter, die Kleinhandelspreise aber über Friedenspreis lagen. Diese Erhöhung der Preispausen machte damals zum größten Teil die Überhöhung der Warenpreise in Deutschland überhaupt aus. Der ganze Zusammenhang wird klarer, wenn wir diesen Unterschied für die von uns angezogenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse gebend (in Goldpfennigen) und seine Steigerung in Hundertteilen feststellen:

	Unterschied 1913		Unterschied Juni 1924	
	E	K	E	K
Roggen bezw. Weizen 7/8 =	94,84 v. H.	9,55 = 147,24 v. H.		
Kartoffeln . . . . . 1,5 =	75,00	2,12 = 97,20		
Butter . . . . . 12, =	9,37	49, = 37,69		
Rindfleisch . . . . . 50,25 =	117,54	67,14 = 210,78		
Schweinefleisch . . . . . 21,5 =	40,18	43,14 = 90,15		

Hätte der Reichsernährungsminister den Preisdruck auf die Kleinhandelspreise vorgenommen, so hätte er nicht nur ihre weitere Steigerung verhindert, sondern auch der unerhörten Steigerung der Erzeugerpreise entgegengewirkt; denn, rein händlerisch betrachtet, liegen die Dinge doch so: Händler, Mühlen und Bäder hätten der Preissteigerung mehr Widerstand entgegengesetzt, wenn der Minister darüber Klarheit geschaffen hätte, daß die Kleinhandelspreise, die sich ja an und für sich bereits auf höheren Erzeugerpreisen, wenn diese bis dahin auch noch nicht vorhanden waren, aufbauten, nicht überhöht werden dürfen. Leider geschah das nicht. Deshalb haben wir heute Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die ganz entschieden zu überhöht sind, und schon überhöhten Kleinhandelspreise, die überhöhten Preissteigerungen zeigen, sich weiter zu überheben. Wir weisen nur auf die Brotpreissteigerungen, die hier und da bereits erfolgt sind und die Bewegung der Kleinhandelspreise im allgemeinen, die die „Preussische Hauptlandwirtschaftskammer“ für August veröffentlicht:

	Durchschnittspreis		
	1914	August 1924	Juni 1924
Brot . . . . . 1/2 kg	0,14 = 100	0,143 = 102	0,143 = 102
Roggenmehl . . . . . 1/2 =	0,16 = 100	0,178 = 106	0,169 = 104
Kartoffeln . . . . . 50 =	3,50 = 100	4,31 = 123	—
Butter . . . . . 1/2 =	1,40 = 100	2,36 = 169	1,918 = 141
Rindfleisch . . . . . 1/2 =	0,93 = 100	1,00 = 107	0,92 = 99
Schweinefleisch 1/2 =	0,75 = 100	1,30 = 178	0,98 = 132

Die Angaben für August, die wir nur angeführt haben, weil hier von maßgebender landwirtschaftlicher Seite unsere Behauptungen bestätigt werden, sind natürlich für September weit überholt, da sich die Steigerung sowohl der Erzeuger- als auch der Kleinhandelspreise fortgesetzt hat und noch fortsetzt. Der Reichsernährungsminister hat allerdings, selbst erschrocken über den Erfolg seiner Maßnahmen, die Getreideausfuhr aufgehoben, doch ist dadurch keine Abmilderung der Erzeugerpreise zu erwarten, und zwar aus folgendem Grund: Deutschland, das Getreide einführen muß, hat große Bestände seiner Ernte verkauft, folglich muß es zurücklaufen. Sehr wahrscheinlich hängen die überhöhten Getreidekäufe in Südamerika bereits mit der deutschen Getreideverschleuderung zusammen. Angesichts der schlechteren Weltmärkte wird Deutschland aber im Laufe des Wirtschaftsjahres höhere Preise zu zahlen haben, als es für sein verschleudertes Getreide bekommen hat und, wenn es nach dem Willen des Herrn Kanitz geht, weiter belastet mit den geplanten deutschen Zöllen. Die volle Belastung der Verbraucher wird sich also erst, wenn keine Erleichterungen geschaffen werden, im Winter und Frühjahr auswirken.

Man kann ruhig sagen: Unverantwortlich ist noch nie mit der deutschen Ernährungsbede gespielt worden.

Die gefährliche Lage erfordert unverzüglich Gegenmaßnahmen. Wir sehen solche darin: 1. Sofortige Zurückziehung der Zollvorlage vom 10. Juli 1924, die ohne Zweifel jene Preissteigerungen begünstigt und ermöglicht, die heute auf allen deutschen Getreide- und Viehmärkten und Güteversteigerungen im Gange sind. 2. Druck auf die Kleinhandelspreise, verbunden mit einer gründlichen Vereinigung der gesamten Wirtschaft, besonders des Handels.

Leider erwarten wir weder von dem gegenwärtigen Reichstag noch von der jetzigen Regierung, die dem Reichslandbund und dem Reichsverband der Deutschen Industrie bereits das Zollegesetz in sichere Aussicht gestellt hat, daß man sich zu Maßnahmen aufstellt, die Wirtschaft und Volk dienen könnten.

Friedrich Dill

### Die Lasten des Londoner Abkommens

Daraus entspringende Aufgaben der Gewerkschaften.

Von August Haas, Köln.

Ob Gegner oder Befürworter des Sachverständigenrats, alle sind sich darüber einig, daß die Lasten, die es Deutschland auferlegt, außergewöhnlich schwere sind. Da nun der Kampf um die Lastenverteilung beginnen wird, so hört man immer wieder sagen, die Lasten müssen sozial gerecht verteilt werden. Nach der Zusammenlegung des am 4. Mai gewählten Reichstages dürften die deutschen Arbeiter berechtigten Zweifel an einer gerechten Verteilung hegen. Bei allen politischen Gegenständen unter den bürgerlichen Parteien hat sich immer wieder gezeigt, daß die Parteien in wirtschaftlichen Fragen zugunsten der Arbeiter sehr schnell einig sind. Dieser Einigkeit fehlt in den seltensten Fällen eine geschlossene Arbeiterfront gegenüber. Genau wie in den Betrieben, so auch im Reichstag, die Kommunisten treiben eine Politik, die eine Verständigung der Arbeitervertreter unmöglich macht. Außer der großen Gefahr, daß im Reichstage schon zugunsten der Arbeiter entschieden wird, besteht die weitere Gefahr, daß die Industrie-, Handels- und Agrarkreise in ihrem Bestreben erfolgreich sein werden, die Lasten möglichst auf die Arbeiter abzuwälzen.

Sind die Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Abwehr gerüstet? Nein! Die Unruhmacht der wirtschaftlichen Verhältnisse — Hungerkampf und Finanzknappheit — haben die Gewerkschaften gewaltig geschwächt. Aber noch viel mehr als die wirtschaftlichen Verhältnisse hat der wüste Kampf der Arbeiter unter sich dazu beigetragen, unzähligen Klassenangehörigen die Gewerkschaftsarbeit zu verfehlen. Mithin, gleichgültig suchen sie beiseite. Viele sind schon in das Gegenteil verfallen, sie suchen ihr Glück wieder durch allerhand schmutzige Liebesdienste beim Unternehmertum. Am stärksten treten diese ungelunden Erscheinungen in den Gegenden und Betrieben hervor, wo noch vor gar nicht langer Zeit die radikalsten Töne gepflegt und die verrücktesten Töne im Kampf gegen den Kapitalismus gemacht wurden. Eine gewaltige Arbeit ist von den Gewerkschaften zu leisten. Aufklärung und Erfolge sind notwendig. Bessere wird es bei ansteigendem Geschäftsgang sicherlich wieder geben.

Wie oft haben Gewerkschaftsführer in der Nachkriegszeit, in den Jahren der Inflation es bedauert, daß eine Lohnbewegung die andere jagte und zu wirklicher Erzeugerarbeit keine Zeit blieb. Wieviel da nachgeholt ist, wird jeder empfinden haben, der im letzten Wahlkampf Gelegenheiten hatte, in Versammlungen zu reden, die stark mit kommunistischen Anhängern durchsetzt waren. Die ruhigen, sachlichen und durch die Vergangenheit als Winke wahrheit bewiesenen Ausführungen erzeugten oftmals ein solches Indierengefühl, daß man sich unwillkürlich fragen mußte, die Dummheit ist größer als es die Polizei erlaubt. Viele unserer Redner werden sich nach solchen Versammlungen die Frage gestellt haben: Wie können wir diesem Zustand der Unerschaffenheit zu Leibe räumen? Als alter Praktiker auf dem Gebiete der Agitation und Organisation bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß es nur möglich ist durch gründliche Kleinarbeit, Werkstatt- und Betriebsversammlungen müssen dazu dienen, die Arbeiter wieder zu ruhigen Denken und zur Achtung anderer Meinungen zu erziehen. In diesen Versammlungen können sich auch die Jugendlichen nicht so austoben, als in den großen politischen Versammlungen. In den Betriebsversammlungen sind diese jugendlichen Schreier unter ihren älteren Arbeitskollegen nur vereinzelt vertreten und werden sich hüten, ungehörig zu werden. Hier kommt es auf die Kenntnisse und das Geschick des Gewerkschaftsleiters an. Er muß verstehen, auch bei der kleinsten Bewegung allgemeine Fragen einzuflechten, um so erzieherisch zu wirken. Dazu ist notwendig, daß durch die Organisationsleitung und ihre Angestellten ein einheitlicher Zug geht. Die große Linie und der gemeinsame Wille muß wieder gefunden werden, denn nur dann kann Erzeugerarbeit mit Erfolg betrieben werden.

Zudem ist aber auch wieder die Zeit da, wo die Organisationen statistische Arbeiten in Angriff nehmen können und müssen. Nach meinem Dafürhalten müßten zwei Gebiete in Angriff genommen werden: Erstens eine nationale Statistik über die Leistungen der deutschen Arbeiter und zweitens eine internationale Statistik über die Arbeitszeit, Löhne und Lebenshaltungskosten.

Immer wieder begegnet man heute in bürgerlichen Kreisen der Auffassung, daß die deutschen Arbeiter lange nicht das leisteten, was sie vor dem Kriege geleistet haben. Erst vor wenigen Monaten behauptete ein rheinischer Großindustrieller, seine Arbeiter leisteten nur 68 bis 70 v. H. von dem, was sie vor dem Kriege geleistet hätten, und eine Verlängerung der Arbeitszeit wäre nicht zu umgehen. Mit solchen Behauptungen hat man viele Freunde des Achtstundentages im bürgerlichen Lager ganz gewaltig beeinflusst. Denn die Lösung von der Mehrarbeit, die ja heute schon zu einem Schlagwort geworden ist, hat überall in dem Sinne Anhänger gefunden, daß diese Mehrarbeit nur durch Verlängerung der Arbeitszeit erzielt werden könnte. Hier müßten die Gewerkschaften einzelne Betriebe herausgreifen und nachweisen, daß das Gegenteil der Fall ist. Wir sind unglückliche Fälle bekannt, wo die Arbeiter heute noch in Afford die gleichen Arbeiten nach denselben Verfahren verrichten wie in der Vorkriegszeit, und doch bei geringerem Stückpreis die Stunde mehr verdienen als vor dem Kriege. Sie leisten also bei gleicher Ernährung mehr als vor dem Kriege. Das ist in vielen Lohnbetrieben, wo die Arbeiter dieselben geblieben sind, nachzuweisen.

Der Kampf um den Achtstundentag ist, auch wenn das Washingtoner Abkommen Gesetz werden sollte, noch lange nicht beendet. Viele Ausnahmen sind möglich, und da kommt es darauf an, wo diese Ausnahmen gemacht werden sollen. Statistiken, wie die oben erwähnten, haben aber auch internationalen Wert, denn es lassen sich Schlüsse daraus ziehen, was an der Behauptung ist, die Produktionssteigerung in Deutschland schädige die ausländischen Unternehmer und Arbeiter. An eine Schädigung der ausländischen Unternehmer glaube ich im allgemeinen nicht, wohl aber an die Schädigung der Arbeiter. Wir sehen jetzt schon, wie sich die ausländischen Kapitalisten an dem Wiederaufbau der rheinisch-westfälischen Industrie finanziell hart beteiligen. Sie werden also mitverdienen an der Produktionssteigerung in Deutschland. Geht dadurch aber die Produktion in ihrem eigenen Lande zurück, so werden sie dies dort zu Lohnmehringen ausnützen. Sie werden es also verstehen, sich schädlos zu halten. Anders bei den Arbeitern.

Einige Ausführungen zum zweiten Vorschlag. Ich hatte Gelegenheit, während der Londoner Verhandlungen zehn Tage in England zu sein und stellte dort folgendes fest: Die Löhne der ungelerten Arbeiter vom Straßenkehrer bis zum Hilfsarbeiter im Flugzeugbau

### Lesst eure Zeitung!

Die Metallarbeiter-Zeitung dient der Aufklärung und Bildung der Mitglieder. Sie kostet jährlich viele Tausende. Diese Summe sind Verbandsbeiträge. Wer die Zeitung nicht liest und sie zum Lesen an Familienangehörige und Mitarbeiter nicht weitergibt, vergeudet Verbandselder, also die eigenen Großchen.

betragen in London nach deutschem Gelde, das Pfund zu 20 M gerechnet, 1,16 bis 1,32 M, die der gelernten Arbeiter 1,48 bis 1,84 M die Stunde. Nach diesen Feststellungen machte ich mich daran, die Preise für Textilien, Schuhe, Fleisch, Brot und Gemüse festzustellen, und ich kam zu dem Ergebnis, daß die Preise, im Durchschnitt gerechnet, nicht höher sind als in Deutschland. Die Mietpreise sind dagegen höher. An Steuern aber zahlt der Arbeiter wesentlich geringere Beträge als in Deutschland. Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter muß nach diesen Feststellungen fast um 100 v. H. schlechter sein als bei den englischen Arbeiter. Nun heißt es im Dames-Bericht Teil I Abschnitt XVII:

Das Komitee zweifelt nicht, daß es dem deutschen Volk möglich ist, eine Belastung zu tragen, wie sie der Plan ihm auferlegt, ohne daß seine Lebenshaltung unter den Standard herabsinken würde, der sich mit dem der amtierenden Länder und ihrer europäischen Nachbarn vergleichen läßt.

Da auch bei der gerechtesten Verteilung der Reparationslasten die deutschen Arbeiter schwer zu tragen haben werden, sind sie verpflichtet, dauernd Vergleiche anzustellen mit der Lebenslage ihrer Kameraden im Ausland.

Zur heutigen Lage der deutschen Arbeiter nur noch einige Zahlen. Der Fleischverbrauch einschließlich von Wild, Geflügel und Fischen (nach Abzug der Knochen und sonstigen Abfälle) betrug im Durchschnitt der Jahre 1903 bis 1910 in Deutschland 53,2 kg auf den Kopf der Bevölkerung. Dabei hätte die Durchschnittsmenge nach dem Sachverständigen und dem Reichsgesundheitsamt jährlich 70 kg auf den Kopf betragen müssen. Im Jahre 1921 betrug die Fleischmenge nur 31,77 kg auf den Kopf, im Jahre 1922 sind es 31,11 kg und im Jahre 1923 nur noch 22,09 kg, also rund 60 v. H. weniger als in der Vorkriegszeit. Wie stark die Unterdeckung des Fleischverbrauches in den einzelnen Familien und den verschiedensten Schichten der Bevölkerung sind, wurde schon in der Vorkriegszeit durch Stichproben festgestellt. Bei Berliner Kaufleuten kamen auf den Kopf 83 bis 115 kg im Jahre, bei den Zigarren Weibern nur 10 bis 20 kg. Diese Unterschiede werden in den Nachkriegsjahren noch größer sein.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat eine Denkschrift über den Gesundheitszustand und die Gesundheitspflege der lernenden Jugend vorgelegt. In dieser Denkschrift wird festgestellt, daß es nach mehrfachen Berichten zahlreiche Kinder gibt, die überhaupt nicht mehr wissen, was Fleisch ist. Im Durchschnitt weisen nach ärztlichen Berichten aus zahlreichen Städten und Industrievierteln etwa 40 v. H. aller Schulkinder die Zeichen der Unterernährung auf, gelegentlich sogar 60 bis 60 v. H., ja nach vereinzelt Angaben bis 90 v. H.

Größe und Gewicht der Schulanfänger betragen durchschnittlich bei den

	Knaben	Mädchen
1921	114 cm 23,1 kg	116 cm 23, - kg
1922	110 " 21, - "	110 " 20,2 "
1923	110 " 21, - "	108 " 18, - "

Nach einer englischen Studentenkommision starben im letzten Kriegsjahr 1923 von 1000 Kindern in London 67, in München 117, in Berlin 124 und in Weimar 148 an Lungenleiden. Alles das sind Beispiele für die elende Lebenslage des deutschen Volkes. Es ist dringend notwendig, daß die deutschen Gewerkschaften ihrerseits beginnen, zuverlässige Vergleichszahlen für den Stand der Dinge dies- und jenseits der Grenze zu beschaffen.

### Belebung des Eisenerports

Das deutsche Eisenerportgeschäft scheint eine bedeutende Belebung erfahren zu sollen. So hat zum Beispiel die Kölner Firma Otto Wolff einen umfangreichen Schienenverkauf von Jugoslawien bekommen. Größere Überaufträge bringt auch gegenwärtig die Linde-Hoffmann-Rauchhammer A.-G. zum Abschluß. Perfekt wurde bereits ein Auftrag auf mehrere tausend Tonnen Rohren, die nach Argentinien gehen werden. Auch die Rheinmetall A.-G., die bis jetzt besonders unter Auftragsmangel litt, hat große Aufträge der indischen Regierung auf Lokomotiven und Eisenbahnmateriale hereinbekommen.

Der Auftragszufluss ist sehr wahrscheinlich durch die Möglichkeit, langfristige Kredite zu gewähren, belebt worden, wobei die deutschen Firmen jetzt infolge der amerikanischen Kredite in der Lage sind. So hat der jetzt perfekt gewordene amerikanische Kredit, ein Rembourskredit von 8 Millionen Dollar, hinter dem für Reibstkontrollierung die Newyorker Staatsbank steht, auch den Beschäftigungsgrad in der Rüstindustrie sehr gesteigert. Auch die vor dem Abschluß stehenden franco-deutschen Verhandlungen über den Kollaps in der Tschechoslowakei haben den Auftragszufluss bemerkenswert belebt.

### Wohin gehört der kaufmännische Angestellte?

Frage erste Söhne und Töchter, die den kaufmännischen Beruf erzwungen haben, wo sie organisiert sind! Sagt Ihnen, daß für sie nur einzig und allein die freigewerkschaftliche Organisation, der Zentralverband der Angestellten in Betracht kommt! Ihre Söhne dürfen niemals im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband, der die Jugend, statt über die Angelegenheiten der Gewerkschaften aufzuklären, im Nebensachegebenden erzieht, auch nicht im Gewerkschaftsbund der Angestellten organisiert sein. Ihre Töchter dürfen nicht im Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten oder anderen reaktionären Verbänden organisiert sein. Alle diese Verbände sind Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Der freigewerkschaftlich organisiert ist, sonst dafür, daß keine Kinder bei ebenfalls freigewerkschaftlich organisiert. Der diese Worte nicht beherzigt, führt die gelben, monarchistischen Verbände. Die kaufmännischen Lehrlinge gehören in die Jugendabteilungen des Zentralverbandes der Angestellten, der einzigen freigewerkschaftlichen Organisation der kaufmännischen und Büroangestellten.

Wenn der Nord eines einzigen Menschen schon eine höllische Welle Freiheit ist, welchen Schaden mag nicht ein gewöhnlich sehr ungeduldig Krieg hervorrufen, dessen Wirkung es ist, hundertfachen Unglück über ganze Nationen zu verschütten und Millionen von Menschen in das Grab zu bringen. Freiherr v. Helld.

### Was die Technik Neues bringt

Von Detl. Ing. A. Kuegg (Hörsch. Verb.)

Fortschritte im Bau von Fernsprechanlagen. — Das „Schiff“ der Technik. — Die Metallurgie auf der höchsten Entwicklungsstufe in Amerika. — Die Eigenschaften des modernen Betons.

Gleich in den Anfangsjahren der drahtlosen Telegraphie wurden auch Versuche unternommen, um die höchsten Wellen für die Fernleitung von Apparaten sowie zum Zweck unbewachter Klänge und Töne zu verwenden. Bekannt sind die Fernsprechanlagen des Deutschen Reichs und des Amerikanischen Reichs, die sich ausgedehnt benutzten, trotzdem jedoch ohne Wert waren, da sie sehr leicht durch Hindernisse außer Betrieb zu setzen waren. Es gelang erst nach dieser Zeit, die Grund für das Versagen auszufindigen, nämlich die Verwendung von Hochfrequenzstrahlen, die sich durch die Luft ausbreiten und durch die Luftschichten gebrochen werden. Diese Erscheinung wird durch die Eigenschaften des modernen Betons hervorgerufen, der sich durch seine hohe Festigkeit auszeichnet. In der letzten Zeit versucht man nun, insbesondere in Amerika und in Frankreich, die Eigenschaften des Betons zu nutzen und ein verbessertes System des Fernspreches anzufertigen. Man benutzt dazu die Eigenschaften der Schwingung. Jeder Schwingungsapparat erzeugt eine Schwingung, die sich durch die Luft ausbreitet. Diese Schwingung wird durch die Eigenschaften des Betons gebrochen und durch die Luftschichten gebrochen. In der letzten Zeit versucht man nun, insbesondere in Amerika und in Frankreich, die Eigenschaften des Betons zu nutzen und ein verbessertes System des Fernspreches anzufertigen. Man benutzt dazu die Eigenschaften der Schwingung. Jeder Schwingungsapparat erzeugt eine Schwingung, die sich durch die Luft ausbreitet. Diese Schwingung wird durch die Eigenschaften des Betons gebrochen und durch die Luftschichten gebrochen.

## Sitzung des erweiterten Beirats

Der Erweiterte Beirat, der nach dem Verbandstag von Kassel neu gewählt worden ist, trat am 18. September in Stuttgart zusammen, um zunächst Stellung zu nehmen zur Wirtschaftslage und Agitation und zur inneren Organisation des Verbandes.

Den einleitenden Vortrag hatte D i k m a n n übernommen. Der Redner wies zunächst auf die Wirtschaftslage hin, die zur Zeit des Verbandstags in Kassel herrschte und daß die ungelärten inner- und außenpolitischen Verhältnisse im letzten Halbjahr völlig unter dem Einfluß des Sachverständigenrats und der Londoner Verhandlungen standen. Das Londoner Abkommen beeinflusst die deutsche Wirtschaft in umfassendem Maße und gleichzeitig die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes. Bei der Begründung der Haltung der Gewerkschaften zum Londoner Abkommen tritt der Redner zunächst den Einwänden von rechts und links entgegen. Unser Handeln sei von Umständen bestimmt worden, die wir zurzeit nicht entscheiden können. Wir wollten mit einem Ja die furchtbare Lage, worin sich die deutsche Arbeiterklasse befindet, etwas bessern. Wir sind uns genau bewußt, daß mit der Annahme des Londoner Abkommens die Wirtschaftslage nicht lediglich verschwindet, sondern daß noch auf Jahre hinaus mit Schwierigkeiten aller Art gerechnet werden muß.

Bei einer Ablehnung des Abkommens hätte auch der Reichsbankpräsident Dr. S c h a c h t die Rentenmark nicht halten können, es wäre ein wirtschaftlicher Wirrwarr eingetreten und die Wirtschaft wäre aus ihrer im letzten Halbjahr eingetretenen Erstarung nicht mehr herausgekommen. Die Völkischen und die Deutschnationalen wollten anstatt der Annahme des Abkommens lieber das Diktat der Entente. Was ein solches in der Praxis bedeutet, weiß jeder, der die Verhältnisse im besetzten Gebiet kennt. Niemand von uns befreit die überaus schwere Belastung durch das Londoner Abkommen. Es sagt auch niemand von uns, daß wir diese Belastung unter allen Umständen und auf Jahrzehnte tragen können. Aber im Vordergrund unseres Handelns stand der bisherige furchtbare Zustand.

Es wird geflüstert, die Ansicht verbreitet, daß vor dem Londoner Abkommen überhaupt keine Lasten hätten getragen werden müssen. Das Gegenteil ist richtig. Nach dem Zusammenbruch des Ruhrkampfes kamen die Wicommverträge, wodurch die Rohprodukte im Preise stiegen und damit die Lebenshaltung eine Verschlechterung erfuhr. Zu den materiellen Leistungen durch die Wicommverträge kam die Zolltarife im Westen, und was sie bedeutete, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Jeder, der etwas wirtschaftliche Einsicht besitzt, weiß auch zu würdigen, was die Eisenbahntarife im Westen bedeutete. Zu nennen sind ferner die willkürlichen Verschärfungen und der materielle und kulturelle Zerfall im deutschen Westen. Es ist blöde Phrasologie, wenn behauptet wird, daß wir mit einem Diktat der Sieger besser daran wären.

Das Londoner Abkommen sieht S c h i e d s r i c h t e vor. Die Stimmung des Volkes weicht. Hoffentlich kommen wir mit den verschiedenen Staaten zu besseren Handelsverträgen. Im Januar 1925 fallen die im Versailler Vertrag enthaltenen Restriktionsbestimmungen. Die deutsche Ware kann auf dem Weltmarkt wieder gleichberechtigt in Wettbewerb treten. Großes Geschick machen die Völkischen wegen der Kontrolle der alliierten Mächte. Man vergißt zu sagen, daß dies auch bisher schon vorhanden war. Nicht nur die Militärkontrolle hatte die Entente, sondern auch die Möglichkeit, in den Reichshaushalt einzugreifen. Man läßt wegen der Heranziehung ausländischen Kapitals. Die Restriktionen sind kapitalistisch international, und die Kommunisten haben auch keine Ursache, gegen die Heranziehung ausländischen Kapitals zu wettern, denn kein Land der Welt macht so ernste Anstrengungen,

wie Sowjet-Rußland, um ausländisches Kapital zu erhalten.

Es kann niemand bestimmt voraussagen, was die Zukunft bringt. Niemand weiß, wie lange sich die englische Arbeiterregierung zunächst halten wird. Niemand weiß auch, wie sich die Verhältnisse in Frankreich weiter gestalten. Aber wir erwarten eine Vorwärtsentwicklung, eine Förderung der Handels- und Kreditverbindungen und der friedlichen Beziehungen der Völker, um damit auch der deutschen Wirtschaft einen neuen Antrieb zu geben.

Auf den Kampf um die Ertragung der Lasten müssen wir uns einstellen. Die Unternehmer betonen bei jeder Gelegenheit, daß die Anerkennung des Londoner Abkommens auch bedinge, daß länger als acht Stunden gearbeitet werden müsse, daß die Löhne keine Steigerung erfahren könnten u. a. m. Es kann keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, daß wir den irtigen und gefährlichen Bestrebungen der Unternehmer nachdrücklich entgegenzutreten müssen. Das gleiche gilt für die Absicht der Wiedereinführung der Schutzpolitik, die auf die Erhaltung der werktätigen Schichten hinausläuft.

Entscheidend für jede Industrie ist nicht nur die Anfuhr, sondern vor allem die Kaufkraft der Massen im Lande. Erst der innere Massenkonsum erzeugt durch den damit verbundenen größeren Absatz ein billiges Produkt, das auch auf dem Weltmarkt abgesetzt werden kann.

Der Redner bespricht dann unsere Stellung zum Achtstundentag, dessen Erhaltung die große Aufgabe für die Gewerkschaften nach wie vor ist. Der Redner schließt: Jede Schwärzerei ist unangebracht.

Wir müssen Festung und Selbstvertrauen haben, dann werden wir auch den Aufgaben gewachsen sein, die zukünftig an uns heranrücken.

Folgende, vom Vorstand eingebrachte Entschlüsse werden vom Erweiterten Beirat einstimmig angenommen:

#### Entschlüsse für den Achtstundentag.

Die Kundgebungen der deutschen Arbeitgeberverbände zur Arbeitszeitfrage bedeuten eine offene Kampfanlage gegen den Achtstundentag, den zu beizugehen die Unternehmer seit geraumer Zeit beabsichtigen sind. Um so mehr haben alle Metallarbeiter Deutschlands die Pflicht, in einem einheitlichen, organisatorischen Zusammenschluß und solidarischen Wirken die achtstündige Arbeitszeit zu sichern und dort, wo der Achtstundentag unter den Auswirkungen des Ruhrkampfes und der Inflationszeit vorübergehend verloren ging, alle Kräfte zu seiner Wiedereinführung heranzuziehen.

Während draußen an der Front alle die Tausende von „gemeinen“ Soldaten im Eisenhagel, in Unterständen, in schlammigen Gräben, verjüngt und verlaßt, monats- und jahrelang bei Wasserluppen aus- und „durchgehalten“ haben, schrieb einer der großen Feldherren seiner Gattin: „Der Krieg bekommt mit mir eine Vadekur.“

Während draußen an der Front alle die Tausende von „gemeinen“ Soldaten im Eisenhagel, in Unterständen, in schlammigen Gräben, verjüngt und verlaßt, monats- und jahrelang bei Wasserluppen aus- und „durchgehalten“ haben, schrieb einer der großen Feldherren seiner Gattin: „Der Krieg bekommt mit mir eine Vadekur.“

Während draußen an der Front alle die Tausende von „gemeinen“ Soldaten im Eisenhagel, in Unterständen, in schlammigen Gräben, verjüngt und verlaßt, monats- und jahrelang bei Wasserluppen aus- und „durchgehalten“ haben, schrieb einer der großen Feldherren seiner Gattin: „Der Krieg bekommt mit mir eine Vadekur.“

Der Erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unterstützt einmütig den vom Ausschuss des DDB zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gefassten Beschluß, über den Achtstundentag einen Volksentscheid herbeizuführen, und fordert alle Kollegen im Lande auf, sowohl die materiellen Mittel zu seiner Durchführung zu sichern, wie beim Volksentscheid selbst dem Achtstundentag zum Siege zu verhelfen.

Gegenüber den Wünschen der Reichsregierung und der hinter ihr stehenden Presse, die Vornahme des Volksentscheides über den Achtstundentag zu verschleppen, fordert der Erweiterte Beirat des DDB nachdrücklich die Durchführung des Volksentscheides in kürzester Frist.

#### Entschlüsse gegen die Schutzollvorlage.

II.

Die von der Reichsregierung zugunsten der agrarischen Kreise dem Deutschen Reichstag unterbreitete Schutzollvorlage bedeutet eine stärkere Belastung der werktätigen Schichten, die dahin führt, den Daseinstampf der Arbeiterklasse weiter zu erschweren und ihre Lebenshaltung noch mehr herunterzudrücken.

Der Erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erhebt gegen die Schutzollvorlage den schärfsten Protest. Er fordert die Arbeiterklasse zum einmütigen Zusammenwirken auf, um sowohl diese Vorlage zu beseitigen, wie alle schutzollnerischen Bestrebungen ähnlicher Art zurückzuweisen.

(Die Sitzung geht weiter.)

## Der Weltkrieg kostete:

### 11 Millionen Tote, 10 Millionen Verstümmelte

Der Weltkrieg kostete Deutschland nach den neuesten Zahlen an Toten 1 808 545 Personen, an Verwundeten 4 247 143, darunter etwa 1 74 Millionen dauernde Krüppel, an Verangenen und Vermissten 1 073 619. Deutschland hatte zu etwa jedem Tag an der Front 1500 Tote. Alle am Kriege beteiligten Staaten verzeichneten insgesamt 11 000 000 (elf Millionen) Tote!

Nach dem vorläufigen Bericht des Internationalen Arbeitsamts wurden von den Sachverständigen folgende Angaben über die Zahl der pensionberechtigten Kriegsverstümmelten in den verschiedenen am Weltkrieg beteiligt gewesenen Ländern gemacht:

Deutschland	1 537 000	Großbritannien	1 170 000
Australien	750 000	Italien	800 000
Österreich	164 000	Polen	820 000
Belgien	50 000	Rumänien	100 000
Kanada	45 000	Jugoslawien	184 000
Vereinigtes Staaten	157 000	Ungarn	775 000
Finnland	10 000	Tschechoslowakei	288 000
Frankreich	1 600 000	Neuseeland	200 000

Die Gesamtzahl der Kriegsbefähigten beträgt somit 7 124 000. Bei dieser Zusammenstellung fehlen jedoch noch die amtlichen Statistiken über die Zahl der Kriegsgesopfen in der Türkei, Bulgarien, den baltischen Staaten, Ungarn und Japan. Es kann angenommen werden, daß die Zahl der Kriegsverstümmelten sich auf zehn Millionen beläuft.

### 11 Millionen Tote, 10 Millionen Kriegsverstümmelte

Und nun denke man einmal an die erschreckend hohe Zahl der Kriegshinterbliebenen, der Witwen und Waisen. Für Deutschland erklärte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns am 19. Dezember 1923, es seien zu unterhalten:

- 785 000 Kriegsbefähigte (anfangs waren es 1 275 000 Rentempfangler, deren Zahl aus Ersparnisgründen bis auf 785 000 herabgedrückt wurde);
- 533 000 Kriegswitwen mit 1 134 000 rentenberechtigten Kindern; 58 000 Waisenkinder;
- 200 000 bedürftige Eltern gefallener Soldaten;
- 1 400 000 Invaliden- und Altersrentenempfänger;
- 623 000 Empfänger von Waisenrenten;
- 1 200 000 Kleinrentner mit Angehörigen.

Die Unterstützung dieser zum großen Teil Armuten der Armen ist furchtbar niedrig, während auf der anderen Seite große Teile der Herren Offiziere, die zumeist Gegner der Republik sind und sie und ihre Führer bekämpfen und befechtigen wollen, hohe Pensionen beziehen.

Diese Unterschiede, die sich auch insbesondere während des Krieges auf Wohnung und Verpflegung erstreckten, müssen einmal näher beleuchtet werden.

Der frühere Kronprinz besuchte die U.S. Gaede am 8. Februar 1916. Das Menü lautete:

- Krautbräse.
- Gummi, Tiroler Tunde.
- Oranger Goldwingert 1911 (Wein).
- Rehrüden auf Artichokkenböden.
- Dunkelbrot.
- Rupferberg-Gold (Sekt).
- Eisbombe.
- Käsekränzen.
- „Kleines Frühstück“ des Majors Schlöglstein in Formis (Nordfrankreich) am 29. August 1915, 36 Teilnehmer:
- Alexei Gabelbissen.
- Schilbratenjuppe mit Fleischlöffchen.
- Schlei, blau, mit zerlassener Butter.
- Kalbshierbraten mit gemischtem Gemüse.
- Fajanen mit Sahnetorte.
- Salat und geschmortes Obst.
- Gefüllter Eierkuchen.
- Butter und Käse.
- Früchte.

Während draußen an der Front alle die Tausende von „gemeinen“ Soldaten im Eisenhagel, in Unterständen, in schlammigen Gräben, verjüngt und verlaßt, monats- und jahrelang bei Wasserluppen aus- und „durchgehalten“ haben, schrieb einer der großen Feldherren seiner Gattin: „Der Krieg bekommt mit mir eine Vadekur.“

Während draußen an der Front alle die Tausende von „gemeinen“ Soldaten im Eisenhagel, in Unterständen, in schlammigen Gräben, verjüngt und verlaßt, monats- und jahrelang bei Wasserluppen aus- und „durchgehalten“ haben, schrieb einer der großen Feldherren seiner Gattin: „Der Krieg bekommt mit mir eine Vadekur.“

Während draußen an der Front alle die Tausende von „gemeinen“ Soldaten im Eisenhagel, in Unterständen, in schlammigen Gräben, verjüngt und verlaßt, monats- und jahrelang bei Wasserluppen aus- und „durchgehalten“ haben, schrieb einer der großen Feldherren seiner Gattin: „Der Krieg bekommt mit mir eine Vadekur.“

# Im obereschlesischen Industriebezirk

Der Kampf der Bergarbeiter in Oberschlesien gegen den Achtstundentag hat mit einer Niederlage der Arbeiter geendet. Die Arbeitszeit in den Hütten bleibt auf zehn Stunden bestehen, wie die Verordnung der Regierung bestimmt, der Lohn wird um 20 v. H. herabgesetzt. Die Achtstundensicht im Bergbau bleibt, aber auch hier wird der Lohn um 10 v. H. abgebaut. Deputatlohn wird nur für verschorene Schichten gegeben. Nicht alles, was die Unternehmer wollten, haben sie erreicht. Aber die Arbeiter sind dennoch zurückgedrängt worden.

Den europäischen Arbeitern kann es nicht gleichgültig sein, unter welchen Verhältnissen die Arbeiter Oberschlesiens leben. Hier handelt es sich, das Gebiet als Ganzes genommen, um immerhin mindestens fünfshunderttausend Industriearbeiter, die nicht nur mit ihren Familien einen ansehnlichen Teil der Gesamtbevölkerung bilden, sondern auch einen erheblichen Faktor im Wirtschaftsleben Europas darstellen. Veränderungen in dieser Arbeitergruppe können niemals ohne Wirkung auf die Gesamtbevölkerung des Kontinents sein. Andererseits birgt die Vergewaltigung der obereschlesischen Arbeiter eine schwere politische Gefahr in sich, die die Sozialisten aller Länder nicht ohne Beobachtung sein lassen dürfen. Leider hat man sich bisher sehr wenig um den Dilemma gekümmert. Die folgenden Zeilen sollen daher ein Versuch sein, diesem Mangel abzuhelfen.

Das obereschlesische Industriegebiet verankert seine Erschließung nicht der Latkraft einiger Größen der Technik oder der Wirtschaft. Seine Industrie ist entstanden auf dem Boden einiger Magnaten, deren ungeheurer Besitz jahrhundertlang Eigentum einer Familie war. Die kauften sich die Ingenieure, die sie brauchten. Arbeitskräfte lieferten die Höhlen der Güter in unbeschränkten Mengen. Den freien Bergmann Mitteldeutschlands kennt die obereschlesische Tradition nicht. Der Übertritt des Proletariats in die Industrie war nur ein Wechsel der Form der seit Urzeiten gewohnten Leibeigenschaft. Die Ehrfurcht vor den Herrenmenschen steckt im Blut. Die Ballestreim, Donnerstarm, Thiele-Windler, Schaffgotsch, Pleß, und wie sie alle sonst heißen, konnten sich mit einem solchen Menschenmaterial alles erlauben. Dazu kam, daß die Kirche ihre ungeheure Gewalt auf die Gemüter immer zugunsten der Herren wirken ließ. Man war eben auch auf der Dominanz in Breslau nicht unempfindlich für die materiellen Vorteile der Anerkennung der guten katholischen Ballestreim und Pleß. Der Reichum der Kirche steht jedenfalls ziemlich grell ab vom Elend der arbeitenden Bevölkerung in Oberschlesien. Die Eminenzgrube bei Kattowitz, die der gräflich Ballestreim'schen Verwaltung untersteht, gehört dem Bischof. Von der Seite hatten die Arbeitssklaven also nichts zu hoffen.

Dazu entwickelte die slawische Bevölkerung trotz aller Unterdrückung, oder vielleicht gerade deswegen, eine ungeheure Lebenskraft. So viele Hände die rasch aufblühende Schwerindustrie auch brauchte, sie waren da. Es war kein Zugang von auswärts nötig. Oberschlesien gab sogar noch Arbeitskräfte an das Ruhrgebiet und andere Industriegegenden ab. So kam es, daß die Arbeiter hier geistig stehen blieben. Zwischen Schnaps, Schenke, Kirche und Welt verlebten sie die wenigen freien Stunden, die ihnen ihr „Brother“ ließ. Denn die Arbeitszeit war bis vor dem Weltkriege hier so gut wie unbeschränkt. Gewiß hatten die sehr schwachen Gewerkschaften auch damals schon eine tarifliche Regelung versucht, aber die Arbeiter selbst durchdrangen die zu ihrem Schutze gezogenen Schranken, um sich bei den Antreibern ihrer Ausbeuter beliebt zu machen.

So erklärt sich, warum sich in Oberschlesien keine verarbeitende Industrie bilden konnte. Diese Arbeiterklasse war nicht intelligent genug für feinere Arbeiten. Die Magnaten Oberschlesiens verdienten aber erheblich und bequem, wenn sie einfach nur die Bodenschätze heben und roh verhütten ließen. Für die verarbeitende Industrie hätten sie sich Fachleute aus dem Westen kommen lassen müssen, um ihre obereschlesischen Arbeiter auszubilden. Mit den Arbeitern aus dem Westen wären aber auch die westlichen Ideen in ihr Ausbeuterparadies gekommen. Ist es ein Wunder, wenn sie sich dagegen sträubten und schließlich auch mit Hilfe der Kirche und der Polizei eine unsichtbare Mauer um das Industriegebiet zogen? Wie ungeheuer ihr Einfluß auch auf die höchsten Behörden der Provinz war, geht daraus hervor, daß sie kurz vor dem Kriege noch zwei hohe Polizeibeamte, den Grenzkommissar Mader und den Polizeihauptmann Uffe, ganz einfach beauftragten, für die Industrie ein politisches Auskunftsbuch anzulegen, zur besseren Überwachung der polnischen und sozialdemokratischen Bewegung. Und der damalige Regierungspräsident von Oppeln, ein Herr Schwerin, hatte durchaus nichts dagegen, daß königlich preussische Beamte so im Auftrag und auf Kosten der Industrie arbeiteten.

Der Krieg brachte nicht nur einen weiteren ungeheuren Verdienst für die obereschlesische Schwerindustrie, er warf auch den obereschlesischen Arbeiter in der ganzen Welt herum. Das erweiterte seinen Gesichtskreis. Er kam anders wieder, als er fortging. Und als der Weltkrieg zusammenbrach, machte sich auch bei uns der jahrhundertlang angestammte Groll über die Unterdrückung sehr böse Luft. Monatslang ging alles durcheinander, und es bedurfte der ganzen Kraft besonnenen Männer,

daß nicht auch die technischen Werte vernichtet wurden. Zugleich setzte auch die polnische Agitation kräftig ein, geführt von Herrn Porjanty, der während des Krieges im Auftrag Erzbischofs wader Durchhalteartikel für die deutsche Heeresleitung geschrieben hat. Eine bolschewistische und drei polnische Aufstandswellen mußte das arme Land in kaum vier Jahren über sich ergehen lassen. Dazu kam noch die internationalisierte Befragung.

Die Verblüffung darüber wird begreiflich, wenn man erwägt, daß etwa 100 000 Arbeiter des Industriegebietes keine Häuser (sind, die draußen auf dem Lande einige Morgen Land haben, wo sie nicht leben und nicht sterben können. Sie arbeiten die ganze Woche hindurch im Industriegebiet, kommen am Samstag nach Hause und fahren am Sonntag abend wieder zurück an ihre Arbeitsstelle. Der kleine Acker reicht nicht aus, die Nahrung für die fast immer große Familie zu schaffen. Sind die Kinder erwachsen, dann fahren auch sie ins Industriegebiet, ohne Hoffnung, daß es jemals anders wird. Der Acker, den sie vielleicht erwerben könnten, gehört dem Grafen oder Fürsten, und der verkauft nichts. Das Gesetz aber macht vor dem Schlosse ehrlüchrig halt. Kann man es da dem Proletariat verdenken, wenn er politisch hin und her gemorren wurde und heute bei den Polen, morgen bei den Sozialdemokraten und übermorgen bei den Kommunisten oder gar Deutschvölkischen seine Rettung sieht?

Die Trennung Oberschlesiens brachte bald darauf auch eine Trennung der Währung. Man floh förmlich im polnischen Teil vor der rasend sinkenden Reichsmark. Die Gewerkschaften bemühten sich krampfhaft, von den Verbindungen mit der Leistung, die meist in deutschen Zeile lag, loszukommen, um einen besonderen Arbeitsvertrag mit der Währung nach polnischer Währung zu erlangen. Es entstand ein heilloser Durcheinander, mit dem die Gewerkschaften leider nicht fertig wurden. Eine Massenflucht der Arbeiter aus den Organisationen setzte ein. Die Industriellen lachten sich ins Häuptchen. Als dann später in deutschen Teile die Währung stabilisiert wurde, war es ihnen ein Leichtes, den Lohn abzubauen und die Arbeitszeit zu verlängern. Die Arbeiter waren zu erschöpft, um Widerstand zu leisten, und das deutsche Reichsarbeitsministerium fragte nicht einmal nach den Gründen dieser Maßnahmen.

Die polnische Regierung hat den dringenden Forderungen der Unternehmer nach Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung ganz gewiß weit stärkeren Widerstand entgegengebracht als die deutsche. Ihr ist schlimm eingeleitet worden in der Denkschrift der obereschlesischen Hüttenindustrie vom 1. Juni und in der Denkschrift der Kohlenindustrie vom 20. Juli 1924. Und beinahe wäre der Wohlfahrtsminister Darowski über die Achtstundentagsverordnung vom 16. Juli gestolpert, wenn es nicht der Sejm abgelehnt hätte, die Interpellation der polnischen Sozialistenpartei (P.P.S.) über diese Verordnung zu besprechen. Das war von dieser sehr stark mit Bayern durchsetzten Körperschaft nicht anders zu erwarten. Anders sieht schon der Deutsche Reichstag aus. Aber der deutsche Arbeitsminister braucht sich nicht zu befürchten, daß man ihn wegen seiner Arbeitszeitverlängerungs-Verordnungen im Reichstag zur Rechenschaft zieht. Sehr mit Recht weist darum die polnische Regierung auf die Zustände in Deutschland hin, und sie hat es leicht, zu erklären, daß sie sofort wieder den Achtstundentag in der Schwerindustrie einführen würde, wenn sich Deutschland rüchhaltig zum Washingtoner Abkommen bekümmert. Der deutsche Arbeitsminister wird sich hüten. Vielleicht kommt ihm dann die Erkenntnis, wenn sich bei den nächsten Reichstagswahlen für Deutschoberschlesien die Stimmen der Polen erheblich vermehrt haben. Dann freilich wäre es zu spät.

Erst vor wenigen Tagen schrieb uns der alte Genosse Binizki, daß erst dann die obereschlesische Frage gerecht gelöst sei, wenn ganz Oberschlesien zu Polen geschlagen ist. Wenn schon die Sozialisten so eingestellt sind, dann kann man sich denken, wie die Nationalisten bei uns aussehen; von der ungeheuerlichen Menge der geistig Stumpfen und Indifferenten ganz zu schweigen. (Aus der Wiener Arbeiterzeitung.)

## Notkoller der finnischen Justiz

Der im Jahre 1920 abgehaltene Kongress der finnischen Gewerkschaften beschloß die Umbildung zu Industrieverbänden, ein Beschluß, der inzwischen teilweise durchgeführt worden ist. Eine völlige Anpassung der neuen Organisationsform erwies sich jedoch in Nordfinland unmöglich, weshalb sämtliche Gewerkschaften dieser Gegend zu einem Kreisverband zusammengeschlossen wurden. Die finnische Regierung und die finnischen Behörden, die sich noch nicht völlig vom Kommunismus gelöst haben, benützen jede Gelegenheit, die kommunistische Bewegung zu unterdrücken. Da die Gewerkschaften vielfach unter kommunistischer Leitung stehen, ohne jedoch einer politischen Partei oder einer Internationale angeschlossen zu sein, dehnen die Behörden die Verfolgung auch auf die Gewerkschaften aus.

Im Jahre 1922 beschloßen nun 2000 Sägewerksarbeiter in Nordfinland, entgegen den Ratshelagen des Vorstehenden des Gewerkschaftsbundes und des Kreisvorstandes, in den Streik zu treten. Dieser Streik wurde von der politischen Polizei als Grundlage für die nun einziehenden Gewaltmaßnahmen benutzt. Unter dem Vorwand, daß der Streik politischen Zwecken diene, wurden der Kreisvorstand und

Dampfurbinnenschiffen aus diesem rostfreien Stahl und aus dem üblichen prozentigen Ridelstahl zu sehen, die gleich lange und unter gleichen Umständen im Betriebe waren. Der Vergleich ergibt, daß die letzteren deutliche Zeichen der Anstrengung und Abnutzung aufweisen, während die ersteren gänzlich unbeeinträchtigt sind. In der Abnutzung für Stahlbrüche ist ein Stück eines Förderseiles zu sehen, das 12 Jahre in Verwendung stand und nur aus Altersschwäche ausgetauscht wurde, da es zwar etwas abgenutzt, aber sonst unbeschädigt war. Ferner ist ein Krüster eines 85 Millimeter Karren, in einer Länge von 2200 Meter an ein südostfinnisches Bergwerk gelieferten Stahlseils zu sehen, das insgesamt bis jetzt 1 200 000 Tonnen förderte und heute noch in betriebsfähigem Zustande sich befindet. Erwähnenswert ist des weiteren ein Stück eines Tragabels von 75 Millimeter Durchmesser, das eine Bruchfestigkeit von 344 Tonnen besaß.

Das Reizen mit der alten Postkutsche hatte noch etwas Sphärisches. In gemächlichem Trott ging es auf der Landstraße dahin, der Postillion von Zeit zu Zeit sein Liedchen schwärmend. Wenn die Sonne sich neigte, wurde im nächsten Gasthof Halt gemacht, Leib und Seele gekühlt und übernachtet; am andern Tage, nicht allzu früh, ging es dann weiter. Wenns hoch kam, wurden damals innerhalb eines Tages vielleicht 100 Kilometer zurückgelegt. Doch die Zeiten ändern sich und die Menschen mit ihnen. Die Bevölkerungszahl nahm zu, das soziale Getriebe wurde beschleunigter, und die alten Reisegeschwindigkeiten genügten nicht mehr. Es entstanden die Eisenbahnen. Fast scheint es, als bestie das biologische Gesetz, daß das Bedürfnis das Organ schafft, auch auf dem Gebiete der Soziologie seine Geltung. Jetzt mit etwa 12 Kilometer je Stunde verkehrend, brachten es schließlich die Schnellzüge auf eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 80 bis 90 Kilometer die Stunde. Für den Verkehr in den Städten wurden Straßenbahnen gebaut, zuerst Pferdebahnen, dann Dampf- und schließlich elektrische Bahnen, welche die Zeit, die

der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes verhaftet und wegen Hochverrat angeklagt. Während die Anklage in der ersten Instanz als unbegründet zurückgewiesen wurde und nur einer der Angeklagten wegen revolutionärer Reden zu Gefängnis verurteilt wurde, kam der höchste Gerichtshof zu einem ganz anderen Ergebnis. Er verurteilte einen der Angeklagten zu einem Jahr, zwei zu je 1 1/2 Jahren, einen zu 2 Jahren und einen zu 3 Jahren Zuchthaus. Außerdem wurden den Verurteilten die bürgerlichen Rechte für 3 bis 8 Jahre abgenommen. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes wurde zu 3 Jahren und 2 Monaten Zuchthaus verurteilt. Weiter wurde im Urteil ausgesprochen, daß die neue Organisationsform der innerhalb des Gewerkschaftsbundes vereinigten Verbände sich gegen den Bestand des Staates richte und als Hochverrat anzuzehen sei.

Die Gewerkschaften fürchten nun, daß die Behörden dieses Urteil benutzen werden, um die Tätigkeit der Gewerkschaften lahmzulegen. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes hat in dieser Angelegenheit eine Beschwerdebüchlein an das Internationale Arbeitsamt gerichtet, worin gegen das Vorgehen der Regierung und der Gerichte Beschwerde erhoben wird. In diesem Schreiben wird die Begründung des Urteils ausführlich widerlegt. Der Verwaltungsrat des Arbeitsamtes wird zum Schluß aufgefordert, als Amtsstelle des Völkerverbundes, dem auch Finnland angeschlossen ist, zweckdienliche Maßnahmen zu ergreifen, um den finnischen Arbeitern die Ausübung des Organisationsrechts zu gewähren.

## Buchdrucker-Internationale

Dem Bericht der Buchdrucker-Internationale über das Jahr 1923 entnehmen wir folgendes:

Im Laufe des Berichtsjahres ist die Mitgliederzahl der dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Verbände wiederum etwas zurückgegangen. Während sie 1922 infolge des Rücktritts des Londoner Maschinenmeister- und Hilfsarbeiterverbandes von circa 195 000 auf 172 000 fiel, ist sie im Berichtsjahr abermals um etwa 6000 gestiegen. Sie betrug am Jahresende noch ungefähr 166 000. Den absolut stärksten Rückgang hatte der Verband der deutschen Buchdrucker zu verzeichnen, dessen Mitgliederzahl infolge des durch den Kalkulationsschwindel verursachten schlechten Geschäftsganges von 72 976 auf 67 480 gesunken ist; die meisten dieser verlorenen Mitglieder wurden zum Berufswechsel gezwungen.

Dann aber haben auch valutarstarke Länder, wie Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden und die Schweiz infolge der mäßigen Wirtschaftsverhältnisse Mitgliederverluste erlitten, wenn auch nicht in demselben Maße wie Deutschland. Hier verzeichnete die schlechte Konjunktur den Mitgliederverlust. Auch die Mitgliederzahl Österreichs ist ein wenig zurückgegangen. Belgien, Frankreich, Luxemburg, Polen und die Tschechoslowakei dagegen haben ihre Mitgliederzahlen etwas zu erhöhen vermocht. Dieser Beitritt vermag leider die oben erwähnten Verluste nicht auszugleichen, ist aber immerhin sehr erfreulich. Dazu ist noch eine Neuaufnahme zu verzeichnen, indem der Estnische Buchdruckerverband mit 850 Mitgliedern dem internationalen Sekretariat beigetreten ist.

## Kampfabbruch in Österreich

Der Großkampf der österreichischen Metallarbeiter hat sein Ende gefunden. Am 17. September hat die 1800köpfige Betriebsräteversammlung mit einer Mehrheit von mehr als neun Zehntel die Vereinbarung mit dem Industriellenverband angenommen. Einzelheiten sind noch zu regeln, die Sonderabkommen mit dem Keimer- und dem Gleislerverband und den Provinzaktionen der Industriellenorganisation sind noch zu schließen; aber die Grundlage des neuen Arbeitsrechtes der Metallindustrie ist nun doch festgelegt. Was ist das Ergebnis des Kampfes? Folgendes:

Die Mindestlöhne werden um 20 v. H. erhöht. Wenn ein Arbeiter nicht schon durch die Erhöhung der Mindestlöhne eine Erhöhung seines Lohnverdienstes um mehr als 10 v. H. erreicht, so muß ihm sein Stunden- und Akkordverdienst um mindestens 10 v. H. erhöht werden. Da die starre Zulage unverändert bleibt, werden die Akkordpreise um 14 v. H. erhöht. Erwidert man, daß die Metallarbeiter diesmal gegen den stärksten Feind, gegen die Unkunst der Wirtschaftslage zu kämpfen hatten, dann wird man den Fortschritt, der in diesem Kampfe errungen wurde, richtig würdigen.

Die Unternehmer hatten ursprünglich ganz andere Absichten. Sie haben die Zeit der Wirtschaftskrise dazu benutzen wollen, die Arbeiter niedriger zu zahlen, die Organisation zu zerstören und die sozialpolitischen Errungenschaften zu rauben. Vor 14 Tagen noch haben sie erklärt: Keine Lohnerhöhung ohne Verzicht auf den Achtstundentag. Davon war keine Rede mehr. Ohne irgend etwas von unseren Errungenschaften preiszugeben, haben wir in einer Zeit schwerster Industriekrise die Lohnerhöhung zwar nicht in dem vollen ursprünglich geforderten Ausmaß, aber doch zu zwei Dritteln des Ausmaßes, das in der den Unternehmern ursprünglich überreichten Forderung ausgesprochen war, durchgesetzt.

Dieser zwar nicht vollständige, aber doch sehr bedeutende Erfolg konnte nur durchgesetzt werden einerseits durch die große taktische Kunst der Führung, andererseits durch die verständnisvolle Disziplin der Masse.

## Die Dienstboten in Rußland

Von der Moskauer Pravda (Nr. 193) wird das Dasein der Dienstboten in Sowjetrußland folgendermaßen dargestellt:

Das Leben der Dienstboten hat sich wenig verändert. Sie werden in der unmeniglichsten Weise ausgebeutet. Die Dienstboten arbeiten 15 bis 17 Stunden ununterbrochen. Das Gehalt beträgt 2 bis 3 Rubel (im Monat). Was die Arbeitskleidung und die Versicherung betrifft, so werden die Dienstboten, wenn sie auch nur daran denken, von den Arbeitgebern auf die Straße geworfen. Will ein Dienstbote nicht freiwillig gehen und die gesetzlich vorgeschriebene zweiwöchige Frist dableiben, so wird ihm das Leben zur Hölle gemacht. Die Folge ist dann, daß er selber fortrinkt und irgendwo hinter dem Baum oder auf dem Bahnhofs nächstigt.

Wo ist aber der Dienstbotenverband? Was hat er für sie geleistet? Es wurde für die Dienstboten ein Heim gegründet, aber dieses erwarb sich bald den Ruf eines Bordells, in dem es nur einen Herrscher gab: die Geschlechtskrankheit. Jetzt ist dieses Heim geschlossen.

erforderlich war, um von einem Stadtteil in den andern zu gelangen, ganz wesentlich abstrahieren. Die Verdichtung nahm weiter zu, die Hantel und man legte den Eisenbahntechnikern die Frage vor: Können wir nicht schneller fahren? Umsonst solche Verusche, auch mit elektrischer Zugförderung, ergaben die Antwort: Wir können nicht! Es wurde das Auto geboren. Anfänglich ein Luxusgegenstand, erlachte die Industrie sehr bald das große Verlangen nach solchen Wagen, die mehr als doppelt so schnell fahren können als die Eisenbahnen, und suchte durch Serienfabrikation die Herstellungslosten weitgehend zu verringern. Der heute schnell reisen will und keine Kosten zu scheuen braucht, benötigt ein Auto. Wertvollere, leicht veränderlichere Frachten werden jetzt in großem Maßstabe schon, selbst auf bedeutende Entfernungen, nicht mehr mit der Eisenbahn befördert, sondern mit dem Auto. Nicht nur in Amerika, auch in andern Ländern zeigt sich eine rasche Umänderung des Verkehrs von den Eisenbahnen. Ein Rekord der allerjüngsten Zeit blüht auf: Ein schmächtiges 10/40 PS-Auto fährt mit 110 Kilometer Stundengeschwindigkeit ununterbrochen 24 Stunden und legt insgesamt 2600 Kilometer zurück, es ist dies der Weg von Paris nach Moskau. In den Städten genügt der Straßenbahnverkehr nicht mehr; zahllose Fahrer, zum Teil mit Hilfsmotoren ausgerüstet, und Kraftfahrzeuge türmen die Fahrgäste um mehr als die Hälfte. Überall das gleiche Bestreben, die Verkehrsgeschwindigkeit zu steigern, von Ort zu Ort, von Stadt zu Stadt, von Land zu Land und selbst von Erdbteil zu Erdbteil. Der Franzose Kellier d'Ally steigt in 18 Tagen, genauer gesagt in etwa 90 Flugstunden, von Paris bis nahe Tokio, rund 20 000 Kilometer, und schon erwägt man in Frankreich die Errichtung eines regelmäßigen Flugverkehrs nach dem fernem Oren. Nach den Erfahrungen dieses Rekordfluges wird es möglich sein, einen Flugpaß, der Montag morgen in Paris einfliegt, Donnerstag mittag in Kallutta oder Freitag abend in Saigon, der Hauptstadt Indochinas, abzuwickeln.

man aufzeichnen kann, läßt sich ein Schluß ziehen auf die Kristallform des Gefüges; man gelangt auf diese Weise zu Ergebnissen, wie sie sonst nur die Röntgenanalyse der Metalle zu liefern imstande ist. Die erwähnte Mikrophonmethode läßt sich ferner dazu verwenden, um unter einer Anzahl Proben jene Stücke herauszufinden, die bereits starken Beanspruchungen ausgesetzt waren.

Große Ausstellungen spiegeln meist die Industrie eines Landes wieder und zeigen recht eindrucksvoll, welche Stufe die Bervollkommnung erreicht hat. Es ist klar, daß auf der jetzt fast katzenhakenartigen britischen Reichsausstellung in Wembley die Metallurgie ganz besonderer Aufmerksamkeit begegnet, ist England doch das klassische Land des Stahls, das, wie aus Verriichten hervorgeht, auch heute noch mit an der Spitze des Fortschritts steht. So stellt zum Beispiel ein Wert einige Gussstahlzylinder für hydraulische Pressen aus, die nahezu 10 Meter hoch sind und eine Wandstärke von nur 5 Zentimeter aufweisen. Wenn man berücksichtigt, daß bei der Herstellung dieser Zylinder der Stahl eine Fallhöhe von rund 10 Meter zurücklegt, um von der Eingussstelle nach dem Boden der Form zu gelangen, so erscheint es fast unmöglich, einen gesunden Guß zu erzielen, und doch hatten solche Zylinder, von denen die Firma schon viele Tausende für Baumwoll- und andere Pressen geliefert hat, den hohen Prüfdruck von 500 Atmosphären aus, ohne das geringste Anzeichen des Schwelndens. An einem andern Stande ist eine aus Manganstahl hergestellte Straßenbahnweiche zu sehen, die zwölf Jahre im Betriebe war und nach der Angabe des Straßenbahnbetriebsleiters über 135 Millionen Straßenbahnwagen über sich dahinfahren ließ, was etwa 137 000 000 Tonnen Verkehrslast gleichkommt. Eine besondere Schenkwürdigkeit stellt eine Mangan-Ridelstahlregierung dar, die gänzlich unmagnetisch ist und auf Spezialgebieten rasch Eingang findet. Nicht zahlreich sind die Ausstellungsgegenstände, welche den rostfreien Stahl betreffen; unter anderem sind

